

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Keine rechtsfreien Räume für Rockergruppen – Konsequenz gegen Rockerkriminalität vorgehen**

Nach polizeilichen Erkenntnissen sind in Bremen ansässige Rockergruppen, insbesondere im Rotlichtmilieu, aktiv. In diesem Zusammenhang treten sie vermehrt im Bereich des Menschenhandels und der Zwangsprostitution in Erscheinung. In den Focus der Polizei sind Mitglieder der Rockergruppen zudem durch Aktivitäten im Betäubungsmittelhandel sowie durch Verstöße gegen das Waffengesetz geraten (vergleiche Drucksache 17/1364).

Neben diesen kriminellen Aktivitäten reklamieren insbesondere die Hells Angels auch den öffentlichen Straßenraum für sich, um Präsenz und Stärke zu demonstrieren. Zu massiven Rechtsverstößen und einer erheblichen Belästigung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ist es zuletzt am 4. August 2010 gekommen. Um einen Motorradkonvoi zu bilden, brachten Mitglieder der Gruppe den Verkehr auf der Autobahn 27 zum Erliegen und sperrten eine Autobahnauffahrt.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass scheinbar weitere Rockergruppen, wie die Mongols, die Ausweitung von Aktivitäten in Bremen planen, muss konsequent deutlich gemacht werden, dass es im Land Bremen für Rockergruppen keine rechtsfreien Räume gibt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Grundlage einer Null-Toleranz-Strategie gegen alle Rechtsverstöße aus dem Rockermilieu vorzugehen. Dabei sind sämtliche Möglichkeiten des Straf-, Ordnungs- und Straßenverkehrsrechts konsequent zu nutzen. Insbesondere im Bereich von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist daneben konsequent, entsprechend des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft vom 26. August 2010, auch durch gewerberechtliche und steuerrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder von Rockergruppen als Zuhälter und Bordellbetreiber vorzugehen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, keine kooperativen Absprachen mit Hells Angels oder anderen Rockergruppen zu treffen, deren Mitglieder durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten und durch consequentes Handeln klarzustellen, dass es im Land Bremen für Rockergruppen keine rechtsfreien Räume gibt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hinsichtlich der Rockerclubs, deren Mitglieder verstärkt durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten, die Möglichkeit von Vereinsverböten zu prüfen und das dafür notwendige Tatsachenmaterial kontinuierlich zu sammeln.

Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Thomas Ehmke,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen